

Zölitische Rundschau.

Deutschland.

* Das Kaiserpaar bedankt neuen Verlautbarungen zufolge seine Ostreise am nächsten Mittwoch von Kiel aus anzutreten. Das nächste Ziel ist die Insel Bornholm; von dort geht die Fahrt nach den schwedischen Schären.

* Der Besuch des russischen Thronfolgers am Berliner Hofe trug einen überaus berühmten Charakter. Ursprünglich hatte der Zar den Besuch nur für die Hinreise angedacht, da gegen mittleren lassen, daß der Großfürst auf der Rückreise sich nicht werde aufhalten können, da er von England unmittelbar zurück zu den Manövern nach Krakow Siles zurückkehren müsse. Da indes der Besuch auf der Hinreise sich wegen der damaligen Abwesenheit des Kaisers von Berlin nicht ausführen ließ, kündigte der Großfürst von London aus seinem Besuch für die Rückreise an, und der Kaiser bat ihn alsbald, einen besonderen Hofsitz von der Landesgrenze aus zur Fahrt nach Berlin zu benutzen, damit hierdurch der Aufenthalt sich entsprechend ausdehnen könne. Dies geschah und so wurde Zeit gewonnen, daß der Zarreich an der ihm zu Ehren im Neuen Palais veranstalteten Abdankel teilnehmen könnte.

* Graf Gavriki beabsichtigt, wie die Nordde. Allg. Blg. erzählt, nach Beendigung der Reichstagverhandlungen auf kurze Zeit zur Erholung in den Hatz zu gehen. Zu den Kaisermandatarien hofft er die Anstrengungen der letzten Zeit wieder überwunden zu haben. Für später dürfte noch, wenn der Rat der Kriegsberatung wird, sobald zwei in Walfischlagernde Kanonen an Ort und Stelle geschafft worden sind.

* Der der Militärvorlage wegen notwendige Nachtrag-Gesetz fordert 71 282 547 M., darunter 23 221 848 M. laufende Ausgaben.

* Der Antrag des Zentrums auf Abänderung des Wahlgesetzes enthält die alten Forderungen. Er ist in Form eines Gesetzentwurfs abgefaßt; er verlangt u. a. ein neues Reichsgesetz, das die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen soll. Bis dahin sollen die gegenwärtigen Wahlkreise beibehalten werden; die Abgrenzung der Wahlbezirke soll durch die zuständigen Behörden geschehen. Gewicht und Größe des Stimmzettels sind gleichmäßig für alle Wahlkreise vom Bundesrat festzuhalten. Es folgt dann eine Reihe Bestimmungen, die das geh. in der Wahlkreis schützen sollen.

* Aus den Kreisen der Impfgegner wird erzählt, daß ein Antrag auf Aufhebung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 in der nächsten Reichstagssession aus dem Hause gestellt werden würde. Es hätten sich zahlreiche der gewählten Reichstagsabgeordneten verpflichtet, für die Aufhebung des Impfzwanges einzutreten; die nötige Unterstüzung sei also dem Antrage gesichert, vertreten werde ihn in erster Reihe Abg. Hassel-Leipzig (Stadt).

* Diejenigen Mitglieder des Zentrums, die im vorigen Reichstage für den Antrag Huene stimmten, haben sich bei den Neuwahlen nicht wieder als Kandidaten aufstellen lassen und sind (mit Ausnahme des Prinzen Arenberg und des Dr. Lantsch) nicht wiedergewählt worden. Im preuß. Abgeordnetenhaus wollen die Gegner des Herrn Dr. Lieber aber verbleiben. Graf Ballerstrem und Dr. Vorlich sind in den geschäftsführenden Ausschuß der Zentrumsfaktion der Provinz Schlesien gewählt worden und haben dieses Amt angenommen.

* Die viel gewünschte Neuregelung der Binnenschiffahrts-Gesetzgebung ist schon seit einer Reihe von Jahren angestrebt worden. Endlich hat nun das Reichsjustizamt sich mit dieser so stichmitterlichen Materie beschäftigt. Die wesentlichen Abänderungen im neuen Gesetzentwurf, der vorliegt nur als eine Vorarbeit zu betrachten ist, beziehen sich 1) auf die Frage der Kapitulationsklausuren. Die frühere rigorese Auflösung der „höheren Gewalt“ ist fallen gelassen und eine mehr spezialisierte Aufzählung derselben, wie Aufzehr, Plunderung, Wollensicht an ihre Stelle getreten; 2) auf Feststellung über Ladung, Löschung, Viezegelder u. s. w.; den Ortsgebräuchen ist dabei ein gewisser Spielraum gelassen; 3) Regelung der Havarie; 4) Anlegung eines Binnengesetzes, damit das Eigentum erkannt

wird. Bestimmungen über Schiffssicherung und über Schiffssicherung fehlen in dieser Vorarbeit, dieselben kommen aber in das binnen einigen Jahren zu erwartende bürgerliche Gesetzbuch.

* Am 12. d. haben in Bayern die eigentlichen Landtagswahlen stattgefunden. Nach vorläufiger Melung wurden gewählt: 3 Konservative, 73 Liberalen, 7 Bauernbündler, 68 Liberale, 1 Sozialpartei, 5 Sozialdemokraten. Zwei Mandate sind zweifelhaft, jedoch voraussichtlich Bauernbündler. — Die Liberalen verloren 7 Mandate, darunter 4 an die Sozialdemokraten, 3 an die Bauernbündler. Das Zentrum mußte ein Mandat an die Sozialdemokraten, 4 an die Bauernbündler abtreten, gewann dagegen eins von den Konservativen. Dr. Sigl, der gleichfalls aufgestellt war, ist unterlegen.

* Privatbriefen aus Deutsch-Südwürttemberg ist zu entnehmen, daß Hauptmann v. François am 18. Mai einen zweiten Angriff auf Hendrik Wilhelms Festung Hornkranz gemacht hat. Warum der Plan nach der Erfüllung am 12. April nicht bestellt gehalten worden ist, bleibt unklar. Als nun am 18. Mai der zweite Sturm unternommen wurde, zeigte sich, daß Wilhelms in der Festung nur eine Wache von 18 Mann zurückgelassen hatte, die sofort Reichsarmee nahmen. Der Feind hat sich unterdessen in seiner ganzen Stärke auf dem Berge Hungas verschanzt. Dieser einzige Punkt, auf dem sich Wilhelms noch halten kann, soll angegriffen werden, sobald zwei in Walfischlagernde Kanonen an Ort und Stelle geschafft worden sind.

Frankreich.

* Die Deputiertenkammer genehmigte den Staatshaushalt mit großer Mehrheit und nahm das Gesetz betr. die Bildung einer Kolonialarmee an.

England.

* Die englischen Flottenübungen für dieses Jahr haben am Dienstag mit der Mobilisierung eines Teiles der Flotte begonnen. Das amtliche Programm gibt als Zweck an, ein Teil der Schiffe solle das Meer zwischen Großbritannien und Irland zu beobachten suchen, während es die Aufgabe der gegnerischen Schiffe sein soll, dieses zu verhindern.

* Der Besuch des jungen ägyptischen Prinzen beim Großsulttan wird in London mit mißgünstigen Blicken betrachtet; selbst so vornehm urteilende World's schreibt: „Die Villette des Chehiva erregt im (englischen) auswärtigen Amt die größte Besorgnis. Zwischen dem Sultan, der Schwiegervater des jungen Abbas werden möchte, und Ismail Pascha, der seinen Enkel gern unter seine Fittiche nehmen möchte, kann eine Menge internationaler Schwierigkeiten ausgebreitet werden.“

Schweiz.

* Seit dem Arbeiterstaat in Bern treibt sich dort eine Anzahl Anarchisten welscher und deutscher Jungs herum. Die Berner Regierung hat deshalb beim Bundesrat den Antrag gestellt, die landesgefährlichen Individuen aus dem Gebiet der Schweiz auszuweisen. Wie ein hoher Polizeibeamter erklärt, sollten mindestens 500 fremde Individuen, die in Bern, Zürich, Genf, Chambéry dem Anarchismus huldigen oder zu Gewaltthäthen geneigt sind, vom Bundesrat ausgewiesen werden.

Russland.

* Der „Grashanin“ fordert die der Silberanil verschallenen Staaten Westeuropas und Amerikas; man möge ein gutes Beispiel nehmen an Russland, wofür der Papierstab bereits mehr wert sei als der silberne Währungsstab. Niemand denkt in Russland daran, sich graue Haare waschen zu lassen um das blauen Gold, die Banknotenpreisse helfe hier mit Leichtigkeit über die Metallmünzen hinweg, an der jenseits iranien. In Russland gebe eben ein jeder Fabrikant, Händler und Arbeiter unbedingt und unbegrenzt Vertrauen zum Kreidstab. (Na, na!)

* Der Mordeanschlag auf den Oberprokurator des Heiligen Synods Bobedonoszev war seit langem geplant und vorbereitet. Der Mordegeselle Hyazintow hat noch während seiner

Anwesenheit im Spital ein Messer gelaufen, das er am Tage des Mordeversuchs geöffnet in seiner Hosentasche trug. Er erkundigte sich bei der Polizei in Petersburg nach der Wohnung des Oberprokurators und fuhr nach erhaltenem Auskunft direkt nach Jaroslav-Selo, um Bobedonoszev zu töten. Nach seiner Verhaftung wurde Hyazintow im Polizeihause vom Oberprokurator aufgezögert, der an ihn die Frage richtete, warum er ihn habe ermorden wollen. Hyazintows Antwort soll darunter gewesen sein, daß sich der Widergabek in russischen Blättern entzichte. Der Verdächtige ist erst 19 Jahre alt und Schüler des geistlichen Seminars zu Pstom.

Valkanstanten.

* Der liberale Zentralausschluß in Serbien hat an die in Karlsbad weilenden angeklagten ehemaligen Minister Kilarac und Koundowitsch die Bitte gerichtet, daß der Verhandlung vor der Anklage vor der Strafkammer, die gegen den Abg. Herbert (soz.) gemacht, das Urteil der Zentralausschluß bestätigt werde. Der Rechtsanwalt hat unterstrichen den Vorwurf, daß seine Freiheit in ihr die demokratische Richtung zu schaffen. Ein Räumen und im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die Zentralausschluß ist niemals eine demokratische Partei gewesen. Wenn schon in früheren Jahren ihren Führern dieser Vorwurf gemacht wurde, ist, daß sie ihm stets zurückgewiesen waren.

Amerika.

* Dem „New York Herald“ wird aus Managua gemeldet, daß der Bürgerkrieg in Nicaragua wieder ausgebrochen sei. Die Einwohner der Stadt Leon hätten sich gegen die neue Regierung erhoben, Präsident Machado werde in Leon gefangen gehalten. Regierungstruppen seien nach Leon beordert worden.

* Mexiko, durch seine Finanzlage und die Silberkrise in große Bedrängnis geraten, sieht sich zu möglichen Erfahrungen genötigt. Nachdem bereits die Beamtengehälter um 10 Prozent gesenkt wurden, beschloß die merkwürdige Regierung aus Sparmaßnahmen alle ihre diplomatischen Vertreter in Ausland, ausgenommen die bei den Ver. Staaten und Spanien beglaubigten, zeitweilig abzuberufen.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Donnerstag steht die Interpellation des Abg. Omann (nat.-lib.). Der Unterredner erlaubt sich an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob nicht angesichts des bedeutsamen Notstandes in Preußen von Justiz- und Streitminister, welcher in verschiedenen Teilen von Deutschland herrscht, von der geplanten Abschaltung von Männern in diesen Landesteilen für das gegenwärtige Jahr absehen werden kann. Nach kurzer Begründung durch den Interpellanten Omann erklärt Kriegsminister v. Kaltenborn: An letzter Stelle sei es das verfassungsmäßige Recht des Kaisers, über die Abschaltung von Männern zu beschließen. Die Heeresverwaltung habe auf ernstlich mit vorliegender Frage behaftigt und Maßregeln bet. selbständige Verpflichtung mit Kurzfrist und Fleiß getroffen. Was bezüglich die Mandoberen betrifft, so hätten die Mandoberen sämtlich geantwortet, zu der Maßregel der Abschaltung von Männern — einer Maßregel, die im übrigen dem Interesse der Armee direkt widersteht — sei die Zeit noch nicht gekommen. (Herrn! Herr!) Es genügen einfühlsame andere Maßnahmen: Redner gibt als solche wiederum im wesentlichen Maßnahmen, beläßt selbständige Verpflichtung der Armee bei den Mandoberen mit Lebensmitteln und Kurzfrist an, sowie außerdem die Wissensverteilung von Wasserwagen (Kreisler). Auch seien die Mandoberenabschaffung nicht daran, daß sie sich noch nicht bis zu den Mandoberen ändern könnten. Auf Antrag Bachem tritt das Haus in eine Befreiung der Interpellation ein. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten.) — Abg. Brodman (Benn.) bedauert lebhaft das abschließende Verhalten der Heeresverwaltung. — Abg. v. Freytag (sant.) begrüßt die Interpellation als Anfang einer neuen Ära des Eintritts der National-liberalen für die Landwirtschaft. Lebhafte Sehe in der Mandoberenfrage eine Ecke und trage sie gern. Aber gegenwärtig beständen außerordentliche Verhältnisse. Sollten dieselben andauern, so würden zweifellos die von dem Kriegsminister mitgeteilten Maßregeln nicht genügen. — Regierungskommissar Generalleutnant v. Bülow demerte, es fänden seitens der Heeresverwaltung im Verein mit den Zivilbehörden die sorgfältigsten Erwägungen über die Gegebenheiten statt, in denen Mandober abgehalten werden sollen. — Abg. Omann (nat.-lib.) glaubt, daß die bayrische Heeresverwaltung doch etwas milder kommt, als die preußische, indem sie, mehr als letztere, auf die Zivilbehörden höre. Die preußische Heeresverwaltung übertrieb doch gar zu sehr die Verhinderung der neuen Ausfahrt durch die Mandober. — Preuß. Kriegsminister v. Kaltenborn erwidert,

er habe ja schon vorhin ausdrücklich erklärt, daß die Berichte der preuß. Generalkommandos ausdrücklich im Einvernehmen mit der Zivilbehörde erfaßt worden seien. Was etwa in Zukunft zu geschehen hätte, wenn der Notstand sich noch verschärfe, das werde ja noch überlegt werden. — Die Interpellation Bedel betr. den Polizeiausschluß steht in Strasburg, wird auf Wunsch des Staatssekretärs v. Bötticher von der Tagesordnung abgelehnt. Den schläglichen Antrag des Abg. Kauer (soz.) gemacht, wonach die Einstellung mehrerer Strafverfahren, die gegen den Abg. Herbert (soz.) bei dem Amtsgericht bzw. beim Landgericht Stuttgart beigebracht werden, — Es folgt die zweite Beratung der Vorlage betr. die Friedenspräzisionen des Reichsdeutschen Heeres. — Abg. Graf Homrich (soz.) schlägt, wie die Einstellung mehrerer Strafverfahren, die gegen den Abg. Herbert (soz.) gemacht, wonach die Friedenspräzisionen des Reichsdeutschen Heeres. — Abg. Graf Homrich (soz.) schlägt, wie die Einstellung mehrerer Strafverfahren, die gegen den Abg. Herbert (soz.) gemacht, wonach die Friedenspräzisionen des Reichsdeutschen Heeres. — Der Reichskanzler hat unterstrichen den Vorwurf, daß in ihr die demokratische Richtung zu schaffen. Ein Räumen und im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die Zentralausschluß ist niemals eine demokratische Partei gewesen. Wenn schon in früheren Jahren ihren Führern dieser Vorwurf gemacht wurde, ist, daß sie ihm stets zurückgewiesen waren.

— Reichskanzler Graf Gavriki: Die Ausdehnung des moralischen und öffentlichen Weltes oder Volksstaaten in eine weitere Aufgabe, die sich unsere Partei gestellt hat. Ihre Arbeit ist nicht im gewerkschaftlichen, sondern im Gewerbe der Freiheit und Treue gegen die Arbeitnehmern bestanden. — Abg. Graf Homrich (soz.) schlägt, wie die Friedenspräzisionen des Reichsdeutschen Heeres. — Der Reichskanzler hat unterstrichen den Vorwurf, daß in ihr die demokratische Richtung zu schaffen. Ein Räumen und im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die Zentralausschluß ist niemals eine demokratische Partei gewesen. Wenn schon in früheren Jahren ihren Führern dieser Vorwurf gemacht wurde, ist, daß sie ihm stets zurückgewiesen waren.

— Reichskanzler Graf Gavriki: Die Ausdehnung des moralischen und öffentlichen Weltes oder Volksstaaten in eine weitere Aufgabe, die sich unsere Partei gestellt hat. Ihre Arbeit ist nicht im gewerkschaftlichen, sondern im Gewerbe der Freiheit und Treue gegen die Arbeitnehmern bestanden. — Der Vorredner war für mich sehr erfreut. Ich schreibe die Friedenspräzisionen des Reichsdeutschen Heeres. — Abg. Gavriki (soz.) schlägt, wie die Friedenspräzisionen des Reichsdeutschen Heeres. — Abg. Lieber (Benn.): Ich erkläre nun zunächst, daß die jüngste Vorlage für uns unannehmbar folgen soll, zur vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Und wenn wir davon im Zweifel fassen, ob das Volk für diese Vorlage tragen kann, so mit wir doch genügt, daß es die Wahlen für Abg. 3 nicht würde tragen können. (Beifall.) — Abg. Lieber (Benn.): Nach diesen drei Vorträgen auf die Wiederkehr unserer Partei in bezug auf die Friedenspräzisionen ist somit eine befriedigende Erklärung abgeschlossen hat, als er verfügt, daß die Bier- und Brannweinfeste nicht erhöht werden wird, und die Gründe für unterstehende Hebung der Militärverpflichtung bestätigt. Wir betrachten die Erklärung des Reichskanzlers als auch für die Friedenspräzisionen bindend (Gelächter links), und wir finden, daß sie dazu dienen wird, das leider die Zivilbehörden erklärte Vertrauen zur Reichsregierung wieder zu stärken. — Abg. Graf Möller (Reichsdeutsch) spricht sich aus militärischen Gesichtspunkten für die Vorlage aus. Wenn wir eine einen Krieg führen müssen, so wollen wir ihn so führen, daß wir einen Frieden erhalten, der auch für unsere Generale noch Vorteile bringt. (Beifall rechts.) — Abg. Lieber (Benn.): Nach einer verbindlichen Erklärung des Reichskanzlers wird die Verhandlung geschlossen. In der nächsten Abstimmung werden 285 Stimmen abgegeben. Davon sind 198 für und 187 gegen § 1 der Vorlage. Derselbe ist somit angenommen. Dessen stimmen die Konservativen, die Reichsdeutschen, die Nationalliberalen, die Antisemiten, die Polen, der freikirchige Vereinigung und vom Zentrum. Die Abg. Prinz Albrecht und Verner (Bon. den Polen) für die Vorlage. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freikirchige Volkspartei (mit dem Sozialdemokraten Ander), die südböhmische Volkspartei, die Zentrum, die Klöster, die Weltens und von den „wild“ bezeichneten Mitgliedern der Abg. Johannsen (Dän.) und Dr. Stal. — Es handelt sich um eine Abstimmung statt, in der der Nachtrag bestimmt, daß die Abstimmung der Friedenspräzisionen abgeschlossen ist. Der Antrag des Abg. v. Kardorff (dp.) wurden beide Vorträgen der Budgetkommission überwunden.

Am Freitag wird zunächst der schleunigste Abstimmung gegen den Abg. Ahlwardt (Katt.) angenommen. Sodann wird die zweite Abstimmung der Friedenspräzisionen fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den zu Art. II gestellten Artikel. Carolaß-Kreis auf getrennter Freilegung der gesamten Dienstzeit über die Dauer des Dienstes bestimmt, so lange die in Art. I beschlossene Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird. Die Abstimmung wird und die Abstimmungsberechtigten bleiben bestehen. Der Antrag 274 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung stimmen die Nationalliberalen, die Friedenspräzisionen und die Zentrum. Abg. Art. II § 1 bestimmt die Dienstzeit der verdeckten Truppengattungen. — Abg. Graf Homrich (soz.): Die konservative Partei hat sich sehr zur zweijährigen Dienstzeit bekannt. Abg. v. Kardorff (dp.) wurden beide Vorträgen der Budgetkommission überwunden.

Am Freitag wird zunächst der schleunigste Abstimmung gegen den Abg. Ahlwardt (Katt.) angenommen. Sodann wird die zweite Abstimmung der Friedenspräzisionen fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den zu Art. II gestellten Artikel. Carolaß-Kreis auf getrennter Freilegung der gesamten Dienstzeit über die Dauer des Dienstes bestimmt, so lange die in Art. I beschlossene Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird. Die Abstimmung wird und die Abstimmungsberechtigten bleiben bestehen. Der Antrag 274 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung stimmen die Nationalliberalen, die Friedenspräzisionen und die Zentrum. Abg. Art. II § 1 bestimmt die Dienstzeit der verdeckten Truppengattungen. — Abg. Graf Homrich (soz.): Die konservative Partei hat sich sehr zur zweijährigen Dienstzeit bekannt.

Am Freitag wird zunächst der schleunigste Abstimmung gegen den Abg. Ahlwardt (Katt.) angenommen. Sodann wird die zweite Abstimmung der Friedenspräzisionen fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den zu Art. II gestellten Artikel. Carolaß-Kreis auf getrennter Freilegung der gesamten Dienstzeit über die Dauer des Dienstes bestimmt, so lange die in Art. I beschlossene Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird. Die Abstimmung wird und die Abstimmungsberechtigten bleiben bestehen. Der Antrag 274 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung stimmen die Nationalliberalen, die Friedenspräzisionen und die Zentrum. Abg. Art. II § 1 bestimmt die Dienstzeit der verdeckten Truppengattungen. — Abg. Graf Homrich (soz.): Die konservative Partei hat sich sehr zur zweijährigen Dienstzeit bekannt.

Am Freitag wird zunächst der schleunigste Abstimmung gegen den Abg. Ahlwardt (Katt.) angenommen. Sodann wird die zweite Abstimmung der Friedenspräzisionen fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den zu Art. II gestellten Artikel. Carolaß-Kreis auf getrennter Freilegung der gesamten Dienstzeit über die Dauer des Dienstes bestimmt, so lange die in Art. I beschlossene Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird. Die Abstimmung wird und die Abstimmungsberechtigten bleiben bestehen. Der Antrag 274 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung stimmen die Nationalliberalen, die Friedenspräzisionen und die Zentrum. Abg. Art. II § 1 bestimmt die Dienstzeit der verdeckten Truppengattungen. — Abg. Graf Homrich (soz.): Die konservative Partei hat sich sehr zur zweijährigen Dienstzeit bekannt.

Am Freitag wird zunächst der schleunigste Abstimmung gegen den Abg. Ahlwardt (Katt.) angenommen. Sodann wird die zweite Abstimmung der Friedenspräzisionen fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den zu Art. II gestellten Artikel. Carolaß-Kreis auf getrennter Freilegung der gesamten Dienstzeit über die Dauer des Dienstes bestimmt, so lange die in Art. I beschlossene Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird. Die Abstimmung wird und die Abstimmungsberechtigten bleiben bestehen. Der Antrag 274 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung stimmen die Nationalliberalen, die Friedenspräzisionen und die Zentrum. Abg. Art. II § 1 bestimmt die Dienstzeit der verdeckten Truppengattungen. — Abg. Graf Homrich (soz.): Die konservative Partei hat sich sehr zur zweijährigen Dienstzeit bekannt.

Am Freitag wird zunächst der schleunigste Abstimmung gegen den Abg. Ahlwardt (Katt.) angenommen. Sodann wird die zweite Abstimmung der Friedenspräzisionen fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den zu Art. II gestellten Artikel. Carolaß-Kreis auf getrennter Freilegung der gesamten Dienstzeit über die Dauer des Dienstes bestimmt, so lange die in Art. I beschlossene Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird. Die Abstimmung wird und die Abstimmungsberechtigten bleiben bestehen. Der Antrag 274 gegen 1

Reitungen hat ihre Anhängerinnen erst vor nicht langer Zeit gewandelt. Dass sie es gethan, beweist, daß sie mit ihrer Staatskunst nicht auf der Höhe ist. Glaube auch, der Reichsanziger steht nicht sehr auf dem Boden der zweijährigen Dienstzeit.

Selbst dies der Fall, so hatte sich der Herr der Landesregierung derselben nicht so widerlegt. Aber die Beziehung halte ich die zweijährige Dienstzeit für bedeutlich, weil sie das Einbringen der Sozialdemokratie in die Arme beginnen soll. In den großen Städten hat die Sozialdemokratie ihren großen Anhang bei den jungen unverheiratheten, wenn diese dann in Mänteln eingezogen werden, so reichen zwei Jahre nicht aus, um gute Soldaten zu machen. Die Südfahrt zur zweijährigen Dienstzeit wäre das einzige Mittel gegen die Ausbildung der Arme durch die Sozialdemokratie.

Herrn C. G. G. (soz.)

Ich bin von der

Landesregierung der zweijährigen Dienstzeit überzeugt, aber ich erkenne nicht, den Anspruch, unfehlbar

und die Zukunft vorhersehen zu können. Von

den Verhältnissen in unserer Infanterie scheint der

Reichsanziger eine falsche Vorstellung zu haben; die

zweijährige Dienstzeit hätte wir schon längst nicht

gehabt. Wir müssten gerade die besten Leute

noch zwei Jahren entlassen. Die Gefahr der Ver-

wüstung durch die Sozialdemokratie befand sich

noch früher. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit

ist von der Regierung auf das eingehendste geprüft

worden. Der Vorredner verzichtete, daß wir

der Vorlage in erster Reihe eine Verbesserung

auf Grund der zweijährigen Dienstzeit unter viel

finanziellen Anforderungen und schneller

geprägt worden. Der Vorredner vergaß ferner,

dass unter Infanterie durch die verschiedenen Maß-

nahmen eine Buntinfanterie angenommen habe,

die auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten war.

Was eigentlich war sie mir auf Grund energischer

Argumente, wie wir sie vorgebrachten haben. —

Herr B. (soz.)

Der Herr Graf Bismarck hat

die Durchsetzung der Arme durch die

Sozialdemokratie versucht.

Das mag dem Bildungs-

und dem Großen Bismarck entsprechen. Was seinem

Leben nicht gelungen ist, wird ihm über auch nichts

gelingen, selbst wenn er Reichsanziger werden sollte,

aber allerdings wenig Aussicht. Hierauf wird

ebenso die folgenden Paragraphen

hierzu beziehen. Ebenso die folgenden Paragraphen

Zur Anfertigung von

Damen- und Kinder-Kleidern

(in und außer dem Hause) empfiehlt sich

A. Parvus, Brettnig Nr. 90

(bei Herrn Emil Pehold).

Jeder Leser dieser Zeitung

sollte neben unserer Zeitung auch die hochinteressante „Tier-Börse“, welche in Berlin erscheint, halten. Man abonniert auf dieselbe nur bei der nächsten Postanstalt, wo man wohnt, und erhält für vierteljährlich nur 90 Pf. frei in die Wohnung jede Woche Mittwochs:

1. die Tierbörse,
2. die Kaninchenzeitung,
3. die internationale Pflanzenbörse,
4. die Naturalien- und Lehrmittelbörse,
5. den landwirtschaftlichen und industriellen Central-Anzeiger,
6. das Illustrierte Unterhaltungsblatt

und 7. jeden Monat einen ganzen Bogen (16 Seiten) eines Werkes auf dem Gebiete des Tier- oder Pflanzenreichs. Augenblicklich erscheint das Hühnerbuch; — daran schließen sich das Kaninchenbuch, — das Buch der Hunde, — das Taubenbuch u. s. w., so daß jeder Leser im Laufe der Zeit eine vollständige Bibliothek gratis erhält.

Die Tierbörse mit ihren vielen interessanten Gratisbeilagen ist somit ein deutsches Familienblatt im wahrsten Sinne des Wortes.

Wer während eines Quartals bestellt, verfüge nicht, auf der Post zu sagen: „Ich bestelle die Tierbörse mit Nachlieferung.“ Dafür nimmt die Post 10 Pf., aber man erhält dann auch alle im Quartal bereits erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Die Postanstalten sind verpflichtet, jeden Tag im Jahre, während der Schalter geöffnet ist, Bestellungen entgegenzunehmen.

Inserate aller Art haben bei der sehr großen Verbreitung durchschlagenden Erfolg.

Zu Hochzeits- u. Gelegenheits-Geschenken

empfiehlt

Hänge-, Hand-, Wand- und Tischlampen,

sowie gute und ordinäre Glas-, Porzellan- und Steingutwaren, emailliertes Koch- und Bratgeschirr, Waschständer, Wirtschaftswagen, Plattglocken, Kaffeemühlen, Wärmlaschen, Löffel, Messer und Gabeln, Kaffeehäuser und Trommeln, Reibemaschinen, Gewürzstangen und Schränke, Salz- und Rechnesten, Vogelbauer, Schirmständer, Brotkästen, Schaukeln, Waschbretter, Kohlen-Eimer und -Kästen, Petroleumlochöfen, Erzfeuer, Wasser- und Gießkannen, Haken und Wiegemeßster u. c. zu den billigsten Preisen einer geneigten Berücksichtigung.

Alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten und Reparaturen werden schnell, prompt und billig ausgeführt. Auch werden Vergläser neu aufgegossen:

Bruno Nitzsche, Klempnermeister in Brettnig.

Die „Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends.

Gratis-Beigabe

„Illustriertes Sonntagsblatt“

redigiert von Rudolf Elcho.

Abonnementpreis 4 Mart 50 Pf. pro Quartal.

Volks-Zeitung

Organ für Jedermann aus dem Volke

Verleger: Reichstag-abgeordneter Volksatz.

Die „Volks-Zeitung“ ist das führende

Organ des entschiedenen, demokratischen Liberalismus.

Die „Volks-Zeitung“ vertritt die Interessen der Humanität, des Rechts, der Wahrheit, gegen Stöckerl und Muderei, gegen Byzantinismus und Privilegien-Wirtschaft.

Die „Volks-Zeitung“ ist die bewährte Freundin des Landes- und Erwerbsstandes, der Handwerker und der wirtschaftlichen Schwachen, der mittleren und kleinen Beamten, der Volkschule und ihrer Lehrer, der ehrlichen Arbeit und ihres Arbeiters.

Die „Volks-Zeitung“ beleuchtet in entschiedener, Jedermann verständlicher Sprache ohne Menschenfurcht alle wichtigen Tagesfragen.

Die „Volks-Zeitung“ enthält einen reichhaltigen, vollkommenen unabkömmligen Handelseteil mit ausführlichem Kourszettel.

Die „Volks-Zeitung“ erteilt in ihrem Briefstunden unentgeltlich Auskunft in Rechts- und anderen Fragen.

Die „Volks-Zeitung“ unterrichtet eingehend über Theater, Musik, Kunst und Wissenschaft. Das Feuilleton bringt Romane und Novellen, sowie unterhaltende und lehrhafte Artikel aus der Feder der beliebtesten Autoren.

Die am 1. Juli neu eingetretene Abonnements-Quittung, die Zeitung schon von jetzt ab unentgeltlich.

Probenummern unentgeltlich.

Expedition der „Volks-Zeitung“.

Berlin w. Ludwigstr. 100 und Klemmstr. 46.

Unterzeichneter empfiehlt sein Lager von

Fahrrädern

aller Art zu billigen Preisen und reeller Garantie; auch nehme alte, gefahrene Räder in Tausch. Großes Lager in

Geldschranken

von der bekannten Fabrik G. M. Schaditz u. Bernhardt, Dresden. Lager der

Großmannschen Nähmaschinen,

alle Reserve- und Dele einer geneigten Beachtung.

Brettnig.

Fritz Zeller, Schlossermstr.

Die Buchbinderei

von

Paul Schöne,
Pulsnitz, Langestrasse 15,

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Geschäfts-Büchern,

Conto Correnten,

Musterkarten, Falzmappen,

Copierbüchern,

Musterkarten,

Cartonnagen

sc. sc.

Sportshemden

von 2 Mr. an, gute Ware, empfiehlt

M. Söhnel, Großröhrsdorf.

Auktion!

Frisch gebrannter, bester Görlicher

Baukalk

ist angelommen und empfiehlt billig

Bahnhof Großröhrsdorf.

Jugendverein.

Nächsten Sonnabend abends 1/2 Uhr

Hauptversammlung.

Zahlreiches Erscheinen wünscht d. V.

Rgl. sächs. Militärverein

Brettnig.

Nächsten Sonntag Abmarsch zur Fahnenweihe nach Schmiedefeld um 11 Uhr vom Vereinslokal.

Zahlreicher Beteiligung steht entgegen

d. V.

Neue Kartoffell

(blaue) hat zu verlaufen

Gustav Boett.

Ein Weber

auf mechanische Stühle erhält Arbeits bei Gotthold Seifert, Brei-

Eine erfolglos ausgelagerte Schuhfabrik an den jetzt in Breisig arbeitenden Hauswalde gebürt. Schuhmacherjel.

Kunath, im Betrage von 24 Pf.

Pf. soll für 20 Mr. verkauft werden.

Nächste Auskunft erteilt die Exper. d.

Nächsten Freitag nachmittags wird junger, fetter

Stier

verpfundet, a Pf. 42 Pf.

Fleischer Zimmerman

R. B. D. Erlangen, den

für Losbesitzer! Unerhobene

und Haupttreffer! (Mitteilung in der

fürther Raten- und Renten-Bank in Görlitz)

Laut der Originallisten der Schwedt-

10 Thlr. Losse sind ca. 3000

Treffer-Losse unerhoben geblieben.

Der Stadtrat und die Stadtverwaltung

verhält es sich bei Ansbach-Quesen-

seiner, Amsterdamer, Augsburger,

Braunschweiger, Finnländer, Freiburger,

länder, Sachsen-Meiningen (bei S. M.

bei verschiedenen Serien die Verhältnisse

Monat März, Juli und November ein-

denburger, Papenheimer, Neudateler,

Benediger Losen, überhaupt bei allen

Losengattungen und sonstigen Papieren.

Bei Türkischen 400 Pf. und

ca. 5,000,000 Pf. Treffer, mehr

10 Haupttreffer usw., unerhoben.

Abgesehen von den horrenden Befreiungen

welche die Inhaber dieser Treffer-

leiden, haben sie noch das Mühsel,

dieser Los nach einem gewissen Zeit-

verjährt sind. Bemerkt wird noch, dass

dem Reichsgesetz bestimmt ist, dass in De-

land die ausländischen Losse nur in

Fälle gültig sind, wenn dieselben mit

jedem Losbesitzer dringend anzuregen

Papieren von Zeit zu Zeit die notige

Wertamkeit zuzuwenden, damit sie von

lusten bewahrt bleiben. Aufschläge über

notwendig vorzunehmende Veränderungen

teilt obengenannte Bank.

Turnschuhe

in großer Auswahl empfiehlt

M. Söhnel, Großröhrsdorf.

Eine freundliche Oberstube nebst Zubehör ist sofort oder 1. Oktober zu beziehen.

Brettnig, Ehregottstraße 13 g.

Radfahrermützen

empfiehlt zu billigen Preisen

M. Söhnel, Großröhrsdorf.